



Neues aus Buch

Berlin-Buch



Seite 4

Parken



Seite 6-7

Durchgelesen



Seite 9

Aus BVV und Ausschüssen

Die entfesselte SPD



Die 24. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 13.05.09 machte einmal mehr deutlich, welches demokratische Verständnis eine der beiden großen demokratischen „Volks“-parteien an den Tag legt, wenn sie glaubt, am Orte der Wahrheit bereits angelangt zu sein, vor dem andere sich ungefragt nur noch demütig verneigen dürfen.

So praktiziert von der alten Tante SPD verkörpert von ihren testostereonschwangeren Matadoren Klaus Mindrup und Ronald Schröder.

Die SPD hatte einen Antrag eingebracht des Inhalts, ein Filetstück am Weissen See hinter dem Kulturhaus Peter Edel, auf dem sich eine marode Sporthalle samt Heizhaus befinden, dem Liegenschaftsfonds zur Verscherbelung zu überantworten. Nebenher wurde noch ein Teilstück des Peter Edel mit in die Rechnung aufgenommen und die Existenz der Schauspielschule „Die Möwe“ im ehem. Kulturhaus via Antragstext

schon mal vorweggenommen, obwohl die Verhandlungen über den Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages noch laufen.

In einfachen Worten. Nur, weil der Bezirk in absehbarer Zeit keine eigenen Investitionsmittel zur Verfügung hat, um die öffentliche Sporthalle zu ertüchtigen, findet die SPD es eine gute Idee, für immer auf das ganze Grundstück in exzellenter Lage zu verzichten und in private Hände abzugeben. Dort könnte dann die nächste Baugruppe ihren Traum von den eigenen 4 Wänden mit Blick auf Park und See verwirklichen. Die Privatisierung öffentlichen Raumes schreitet fort. In Einzelfällen kann so was Sinn haben, wenn die öffentliche Hand erwiesenermaßen keine Verwendung mehr dafür hat. Das wäre dann abzuwägen.

Dem verweigerte sich die SPD allerdings lautstark und verbal rabiat.

So was hatte die BVV noch nicht gesehen. Ein Antrag, dessen Umsetzung weitreichende Folgen für das



Areal rund um den Park am Weissen See haben wird, sollte partout nicht in den Ausschüssen beraten werden. Stattdessen wurden alle polemischen und stimmbandlichen Register gezogen, um den Antrag ohne weitere Beratungen durchzupeitschen.

Sachdienliche Vernunftappelle an demokratischen Gepflogenheiten und andere Sichtweisen wurden nieder agitiert. Schließlich sanken die Grünen schmachtvoll hin vor so viel überzeugender Manneskraft und stimmten zu. Damit war der Antrag durch. Die bevorstehenden Haushaltsverhandlungen werden zeigen, wie vernunftbegabt die Pankower SPD noch ist.

Sören Benn
Bezirksverordneter

Doppelhaushalt in der Warteschleife?



Mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2010/11 geht für den Bezirk Pankow eine endlose Geschichte in die nächste Runde. Auch diesmal fehlen in den Zuweisungen des Senates Millionenbeträge zur Absicherung der Arbeit des Bezirksamtes.

Einen Fehlbetrag von 142 Millionen Euro haben die Berliner Bezirke für das Jahr 2010 errechnet und über den Rat der Bürgermeister als Nachforderung an den Senat geschickt. Darin nicht enthalten sind zusätzliche Ausgaben für gesetzlich vorgeschriebene Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien. Über ein gerechtes und auskömmliches Zuweisungsmodell streiten sich Bezirke und Senat seit Jahren, ohne dass bisher eine befriedigende Lösung gefunden werden konnte.

Unter diesen Voraussetzungen hat das Bezirksamt dennoch im Mai einen sogenannten Eckwertebeschluss für den Doppelhaushalt gefasst, obwohl die Zuweisung eine weitere

Kürzung um 14 Millionen Euro gegenüber 2008 enthält. Die Umsetzung wäre fachlich und politisch unverantwortlich, führte sie doch zu einem dramatischen Abbau von Personal und Angeboten bei Kultur, Bildung, Jugend und Soziales bis hin zur Schließung ganzer Einrichtungen sowie zu Einschränkungen bei der Erfüllung von Pflichtaufgaben.

Nun liegt der Ball bei der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), die sich damit auseinandersetzen muss und möglichst noch vor der Sommerpause einen Haushalt beschließen soll.

Allerdings ist der dazu von der BVV beschlossene Terminplan bereits jetzt nicht mehr haltbar, weil das Bezirksamt für die Untersetzung des Eckwertebeschlusses mehr Zeit braucht als ursprünglich geplant.

Angesichts der Problemlage kann das nicht wirklich verwundern. Nach allen Erfahrungen wird auch in diesem Jahr eine Quadratur des

Kreises nicht gelingen, so dass am Ende beträchtliche Nachforderungen an den Hauptausschuss gestellt werden müssen. Oder die Senatsfinanzverwaltung spielt die Rolle des Machthabers per vorläufiger Haushaltswirtschaft wie schon in diesem Jahr.

Für den weiteren Verlauf der Debatte dürfte die Entwicklung auf der Landesebene von erheblicher Bedeutung sein. Denn anders als in vorangegangenen Jahren sehen sich diesmal alle Bezirke vor dem Abgrund stehen und verweigern derzeit den Spargehorsam.

Auch die Landespolitiker unserer Partei scheinen den Ernst der Lage erkannt zu haben und stehen mit den entsprechenden Parteitagebeschlüssen im Rücken fest an der Seite der Bezirke. Vielleicht bringt das ja auch für Pankow diesmal mehr als beim letzten Mal.

Burkhard Kleinert
Vorsteher der
Bezirksverordnetenversammlung

Das Interview

Ursachen und Lösungen

extraDrei sprach mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Stefan Liebich.

Die globale Krise trifft jetzt mit Wucht die nationale und regionale Wirtschaft. Umsatzeinbrüche, Firmeninsolvenzen und Entlassungen sind die Folge. Worin siehst Du die Ursachen?

Die Ursachen sind sehr vielfältig und bedingen sich zum Teil gegenseitig. Hauptverantwortlich für den Zusammenbruch sind die Banken und Finanzdienstleister, die Anlegern eine Rendite von bis zu 25 Prozent versprochen haben. Diesen Erwartungen konnte die Realwirtschaft nicht gerecht werden. Einer virtuellen Geldmenge steht ein wesentlich geringeres Vermögen gegenüber. Dies war nur möglich, weil die regierenden Politiker weltweit, also auch die Regierungen Schröder-Fischer und Merkel-Steinmeier diese Entwicklung nicht gebremst, sondern befördert haben.

Wie ist die Berliner Wirtschaft konkret betroffen?

Unser Wirtschaftsminister Harald Wolf (DIE LINKE) rechnet in diesem Jahr mit einem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts für Berlin von vier Prozent. Das ist zwar weniger als im Bundesdurchschnitt, aber trotzdem schlimm. Vor allem in der Industrie ist die Krise schon spürbar. An der Berliner Wertschöpfung hat sie zwar nur einen Anteil von elf Prozent, da sie aber sehr stark exportabhängig ist, ist sie in besonderem Maße von Auftragsrückgängen betroffen. Die Beschäftigtenzahlen gehen seit Anfang des Jahres zurück und die Kurzarbeit steigt. Zur Milderung des Abschwungs tragen derzeit die Gesundheits- und die Bauwirtschaft bei. Auch der Tourismus war 2008 noch eine stabile Größe und konnte einen Zuwachs der Gästeübernachtungen aus dem In- und Ausland von 3,7 Prozent verzeichnen.

Kürzlich hast Du den Industriestandort ABB in Wilhelmsruh besucht. Was waren Deine Eindrücke?

An diesem traditionellen Standort,

der sich Ende der neunziger Jahre in stürmischen Zeiten auch wegen des starken Engagements vieler, unter anderem der damaligen PDS halten und heute als PankowPark profilieren konnte, finden wir heute vom Existenzgründer bis hin zu großen Unternehmen wie dem Bahnhersteller Stadler oder Alstom Power Service ein großes Netzwerk von Unternehmen. Besonders hervorheben möchte ich jedoch das ABB Training Center. Dort wurden und werden Hunderte Jugendliche von engagierten Ausbildern geschult, deren Jobchancen auf Grund der



qualitativ hochwertigen Ausbildung exzellent sind. Die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsminister und dem Pankower Wirtschaftsstadtrat Michail Nelken (DIE LINKE) wurde mir gegenüber sehr gelobt.

Die Bundesregierung feiert das 50 Milliarden schwere Konjunkturpaket II als großen Impuls für die Wirtschaft. Du bist skeptisch. Warum?

Das Konjunkturprogramm kommt zu spät, ist nicht ausreichend und sozial ungerecht. Von den 50 Milliarden Euro wird nur rund die Hälfte, so die Förderung von Bildungseinrichtungen oder der Ausbau von Straßen und Schienen nachhaltig eine konjunkturpolitische Wirkung entfalten. Nötig wäre jedoch eine generelle Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes und die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes gewesen. Denn nur wer wenig hat und mehr bekommt, konsumiert. Weil er es muss. Nun werden vor allem die begünstigt, die viel haben und das

Geld auf die hohe Kante legen werden. Weil sie es sich leisten können. Das ist unsozial und wirtschaftspolitisch falsch.

Die wirtschaftliche Talfahrt bedeutet auch geringere Steuereinnahmen und Einschnitte im Bundes- und Landeshaushalt. Müssen wir uns in Berlin auf ganz harte Zeiten einrichten?

Rot-Rot hat schnell reagiert. Wir haben schon im vergangenen Jahr das Schulsanierungsprogramm erhöht und waren auf das Konjunkturprogramm II der Bundesregierung gut vorbereitet. Leider müssen wir wegen der notwendigen Kofinanzierung nun wieder den Schuldenberg des Landes vergrößern. Und es kommt noch schlimmer. Der krisenbedingte Einbruch der Steuereinnahmen wird dieser Entwicklung einen neuen Schub geben. Die finanzpolitischen Erfolge der letzten Jahre drohen zunichte gemacht zu werden. Wir halten jedoch an unserer Linie fest, der Konjunktur nicht hinterherzusparen. Die bittere Wahrheit ist jedoch, dass uns nun weniger Geld zur Verfügung steht als angenommen. Dies wird auch an den Berlinerinnen und Berlinern nicht vorbei gehen. DIE LINKE im Berliner Senat ist jedoch Garant dafür, dass alle kommenden Entscheidungen mit sozialem Augenmaß getroffen werden.

Hat die LINKE im Bundestagswahlkampf Konzepte zur Überwindung der Krise aufzubieten? Wie können Massenarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg verhindert werden?

Wir fordern einen Schutzschirm nicht nur für die Banken, sondern für die Menschen. Dieser beinhaltet sowohl die Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes als auch die dringend überfällige Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Und damit die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden können, muss spätestens jetzt umgesetzt werden, was Oskar Lafontaine schon 1998 gefordert hat: „Nicht Deregulierung, Reregulierung ist das Gebot der Stunde!“

Interview: Andreas Bossmann

Konsequent Sozial

Aktiv gegen die Krise



Die gegenwärtige Krise wird zur realen Bedrohung für Millionen Menschen und bei vielen herrscht zu Recht große Unsicherheit vor über das, was auf sie zukommt.

Wenn die Politik nicht konsequent umsteuert, werden die Folgen ein weiterer massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein erhöhter Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen sein. Dies steht in einem scharfen Kontrast zu den milliardenschweren Rettungspaketen für die Banken.

Unsere Antwort darauf ist „Ein Schutzschirm für die Menschen!“. Wir fordern ein Verbot von Mas-

senentlassungen und mehr Mitbestimmung der Beschäftigten, eine Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitsplatzabbau, die Schaffung von mindestens 1.000.000 Arbeitsplätzen durch öffentliche Beschäftigungsprogramme, eine Verlängerung des Bezugszeitraumes des Arbeitslosengelds I und die Erhöhung des Arbeitslosengelds II. Wir wollen nicht, dass die kleinen Leute die Zechen für die Finanzkrise zahlen.

Das alles hat der Parteivorstand beschlossen und die Fraktionen der LINKEN haben entsprechende Anträge in den Bundestag und in die Landtage eingebracht. Doch das

ist nicht genug. Wir wollen die zu erwartende Schockwirkung in eine politische Mobilisierung kanalisieren. Wir müssen verhindern, dass der Schock in Apathie umschlägt oder alte und neue Nazis davon profitieren. Deshalb hat sich DIE LINKE in Pankow von Anfang an der Schutzschirmaktion der Bundespartei beteiligt.

Es geht dabei darum, Mitstreiter/innen für den sozialen Protest zu werben. Im März haben wir vor der Pankower Agentur für Arbeit über die Positionen der LINKEN zur Krise informiert und für die Beteiligung an den Demonstrationen am 28. März geworben.

Auch im April sind wir vor die Agentur gezogen. Am 30. März haben wir vor dem Pankower Bezirks- und Sozialamt u. a. dazu aufgerufen, sich an der Gewerkschaftsdemonstration am 16. Mai zu beteiligen. Und auch am 30. Mai waren wir wieder präsent. Gleiches tun mittlerweile überall im Land hunderte Kreisverbände der LINKEN. Am 30. Juni ist der nächste Aktionstag geplant und wir sind natürlich wieder mit dabei.

Gernot Klemm
Wahlkampfleiter
DIE LINKE Pankow

Neues aus Buch

Bisher war der Ortsteil Buch untrennbar mit der Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU verbunden. Vor allem wegen der Vernachlässigung des Ortsteils durch die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft machten die beiden von sich Reden. Die Pankower Abgeordneten der Linkspartei im Abgeordnetenhaus kümmerten sich, stellten Kleine Anfragen an den Senat und waren mit den Bucher Bürgern in Kontakt.

Im Juli 2006 reagierte die GESOBAU auf die Missstände mit einer Umstrukturierung. So wurde dem Geschäftsbereich für Verwaltung und Vermietung in Pankow/Weißensee fortan die Mieterbetreuung, die Koordination der Service-Leistungen und die Planungen von Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen übertragen. Tatsächlich

verbesserte sich die Situation ein wenig. Einige Leerstände konnten abgebaut werden. Umfangreiche Sanierungen blieben aber aus.

Als Gründe wurden von Seiten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung der rückläufige Bevölkerungszuwachs sowie die fehlende Eigenfinanzierungskraft der GESOBAU angeführt.

Seit Anfang Mai indessen ist bekannt, dass die GESOBAU ihre Bucher Wohnungsbestände an die ebenfalls landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE zu einem marktüblichen Preis verkauft hat. Das ist eine gute Nachricht. So bleiben die Wohnungen nicht nur im kommunalen Eigentum. Mit der HOWOGE übernimmt eine in der Sanierung von Plattenbauten inzwischen sehr erfahrene Wohnungs-

baugesellschaft die Bestände. Die HOWOGE hat bereits zugesichert, die 3.126 Wohnungen im Zeitraum zwischen 2010 und 2014 umfassend zu modernisieren.

Der Ortsteil Buch bekannt als Gesundheitsregion wird nun auch durch die Sanierung der Plattenbauten nachhaltig aufgewertet werden. Außerdem wird sich die HOWOGE aktiv an der Gestaltung und Entwicklung der sozialen, kulturellen und sportlichen Infrastruktur beteiligen und Angebote für verschiedene Generationen fördern.

Buch hat einen neuen Akteur. Hoffentlich werden beide Begriffe nunmehr nur noch gemeinsam verwandt, wenn es etwas Gutes zu berichten gibt.

Stefan Liebich
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Solidarisch

Die Härte der Fälle

Die Härtefallkommission ist eine vom Berliner Abgeordnetenhaus eingerichtete Anlauf- und Hilfestelle für Migranten ohne erforderliche Aufenthaltsgenehmigung. Findet die Härtefallkommission, dass die individuellen Lebensumstände „eine weitere Anwesenheit eines Ausländers rechtfertigen“, wendet sie sich an den Innensenat mit der Bitte, dass die Ausländerbehörde eine Aufenthaltserlaubnis erteilen bzw. verlängern soll.

Der Innensenator hat dann das letzte Wort. Anfang April hat der Berliner Senat beschlossen, dass diese Arbeit ohne zeitliche Begrenzung fortgesetzt werden soll.

extraDrei sprach mit Udo Wolf, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und integrationsspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Mitglied der Kommission.

Wie vielen Menschen, die aus dem Ausland voller Hoffnung oder Verzweiflung nach Deutschland kamen, konnte durch diese Kommission in Berlin bisher geholfen werden?

In den vier Jahren ihres Bestehens haben mehr als 1600 Personen, die von Abschiebung bedroht waren, durch die Arbeit der Härtefallkommission ein Aufenthaltsrecht erhalten: Von 2005 bis 2008 waren 545 Ersuchen der Härtefallkommission

erfolgreich, dadurch konnte 1606 Personen ein Aufenthaltstitel gewährt werden. Diese Zahl liegt höher als die Zahl der Eingaben, weil sich häufig Familien mit Kindern an die Kommission wenden.

2008 beschied der Innensenator 177 Eingaben der Härtefallkommission positiv, 310 lehnte er ab.

Besonders tragisch sind Fälle, in denen Familien auseinander gerissen werden sollen. Welche humanitären Mittel und Möglichkeiten stehen den Mitgliedern der Kommission zur Verfügung?

Da die Mitglieder der Härtefallkommission selbst nicht entscheiden dürfen, sondern ausschließlich empfehlen, bleibt ihnen nur die Kraft der Argumentation und die Mobilisierung der Öffentlichkeit.

Und vor dieser Arbeit kann man nur den Hut ziehen. Der Innensenator hat die Möglichkeit, den „Härtefall“ positiv oder negativ zu bescheiden. Für unseren Geschmack entscheidet er immer noch zu restriktiv.

Gibt es einen „Fall“, der Dir ganz persönlich am Herzen lag, bei dem Du für den betroffenen Menschen etwas Positives erreichen konntest?

Es sind viele „Fälle“, die an uns herangetragen werden. Sie müssen uns alle gleichermaßen am Herzen liegen, sonst werden wir ebenso ungerecht wie das Bundesrecht. Und

wir müssen gleichzeitig genügend persönliche Distanz wahren, sonst werden wir verrückt, wenn wir im Einzelfall auch immer wieder scheitern.

Woran zweifelst Du bei Deiner Arbeit? Woran verzweifelst Du zuweilen?

An allem ist zu zweifeln. Verzweifeln könnte ich daran, dass rassistische Ressentiments bis in die Mitte der Gesellschaft reichen und damit die Durchsetzung einer vernünftigen Flüchtlings- und Migrationspolitik so unendlich schwer machen.

In Krisenzeiten kommt bei vielen Menschen wieder der alte Egoismus durch, wonach einem das Hemd näher ist als die Hose. Was sagst Du ihnen?

Alle die in Deutschland geboren sind und somit einen festen Aufenthaltsstatus in einem der reichsten Länder der Erde haben, sollten nie vergessen, dass dies kein Verdienst ist. Nur mit Solidarität lässt sich Gerechtigkeit erkämpfen.

Wenn Du „König von Deutschland“ wärst, gäbe es dann eine solche Kommission?

Nein. Es gäbe offene Grenzen für Menschen in Not, ein republikanisches Staatsangehörigkeitsrecht und die Möglichkeit von Mehrfachstaatsangehörigkeiten.

Interview: Gisela Blank



Anlaufstelle sucht Unterstützung

Das Pankower Register dokumentiert, dank der Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Anlaufstellen, die im Bezirk stattfindenden rassistischen, antisemitischen, homophoben und rechtsextrem motivierten Vorfälle und Übergriffe. Es trägt dazu bei, ein realistischeres und detailliertes Bild des gesellschaftlichen Klimas in unserem Bezirk zu erhalten. Nicht zuletzt ist es damit auch eine Grundlage für politische Entscheidungen.

Ausdrücklich bezieht das Register alltägliche Diskriminierungen und Vorfälle ein, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht zur Anzeige

bei der Polizei gebracht werden.

Speziell geschulte Freiwillige betreuen über die Anlaufstellen diejenigen Menschen, die ihre Wahrnehmungen dem Register zur Verfügung stellen möchten, nehmen Erfahrungen auf und vermitteln Betroffene gegebenenfalls an spezielle Beratungsstellen weiter. Diese Betreuung und Beratung erfolgt auf Wunsch auch anonym.

Eine dieser Anlaufstellen ist die Geschäftsstelle der Pankower LINKEN in der Kopenhagener Straße 76. Auf Grund anstehender personeller Veränderungen sucht die Anlaufstelle dringend Genossinnen

und Genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten oder Freunde, die Interesse daran haben, dieser wichtigen Aufgabe einen Teil ihrer freien Zeit zu widmen. Voraussetzung dafür ist eine gewisse Empathiefähigkeit und die Bereitschaft für eine gründliche Einarbeitung in das Thema und diese Aufgabe.

Wessen Interesse nun geweckt ist, der kontaktiert bitte den Leiter der Geschäftsstelle DIE LINKE.Pankow, Thomas Goetzke unter der Telefonnummer 030/ 44 017 780.

Ines Pohl

AG Antifaschismus/
Antirassismus



Die Sorge mit dem Blech

Parkraumbewirtschaftung – warum und wie?

Der Prenzlauer Berg brät sich in Berlin mal wieder eine Extrawurst: Während in Mitte oder in Charlottenburg-Wilmersdorf die Bürgerinnen und Bürger beim Stichwort Parkraumbewirtschaftung auf die Barrikaden gehen und gegen ihre Einführung sogar Bürgerentscheide anstrengen, die mal gewonnen werden (Wilmersdorf) und mal verloren gehen (Mitte), haben sich hier Bürgerinitiativen und Betroffenenvertretungen der Sanierungsgebiete zu einem "Bündnis Pro Parkraumbewirtschaftung" zusammengeschlossen und fordern vehement ihre Einführung. Verkehrsplaner reiben sich verwundert die Augen, Bezirkspolitiker sind weniger erstaunt. Denn die Diskussion über eine Parkraumbewirtschaftung im Prenzlauer Berg ist nicht neu.

Studien zu den jeweiligen "Brennpunkten" wurden angefertigt, die jedoch immer in dem gleichen Pferdefuß endeten: Die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in ausgewählten, einzelnen Bereichen würden die Situation dort wohl entspannen – immer jedoch auf Kosten der umliegenden Gebiete, in die der Ruhende Verkehr dann zwangsläufig verdrängt werden würde. Diese Pläne wurden darum nicht weiter verfolgt.

In den vergangenen neun Jahren sind drei Veränderungen eingetreten, die die an sich schon ärgerliche Situation weiter verschärften.

Gerade auch in den Sanierungsgebieten ist es durch Wohnungsneubau zu einer erheblichen Nachverdichtung in den Quartieren gekommen. Insgesamt erlebt der Bezirk derzeit

Ordnungsämter für die Ahndung von Falschparken und Fahrradfahren auf Fußwegen zuständig. Während die Polizei in Folge dieser Strukturänderung 2.000 Beamte einsparte, wurden die Außendienste der Ordnungsämter der Bezirke für diese neu übernommene Aufgabe mit insgesamt rund 250 Mitarbeitern ausgestattet. (Inzwischen sind noch einmal rund 80 dazugekommen.) Dieses Mißverhältnis – und die Tatsache, das ständig weitere Aufgaben auf diesen Außendienst (Umweltzone, Nichttrauerschutz) "abgeschichtet" werden – erklärt die mittlerweile anarchische Parksituation südlich des S-Bahn-Ringes, in der jeder sein Blech da abstellt, wo gerade Platz ist, und Menschen mit Kinderwägen oder mehr als einem vollen Einkaufsbeutel in der Hand selbst an Kreuzungen nicht mehr über den Damm kommen.

In den Jahren 2005 und 2007 schließlich richtete der Bezirk Mitte die Parkraumbewirtschaftungszonen 29 (nördliche Grenze Torstraße) und 38 (Zionskirchkiez und Arkonaplatz bis zur Bezirksgrenze) ein. Seit dem kann man sich in den Gebieten südlich der Metzger und der Schwedter Straße einen handfesten Eindruck davon verschaffen, wie die ja nur abstrakt befürchtete "Verdrängung des Ruhenden Verkehrs" in der Praxis aussieht. Ganz abgesehen von der absurden Situation, daß im südlichen Teil der Choriner Straße eine Straßenseite bewirtschaftet wird, die andere nicht.



Parkplatzsuche – Glückssache in Prenzlauer Berg

Vorgeschichte

In dem Maße, in dem sich das gastronomische und kulturelle Angebot im südlichen Prenzlauer Berg in den späten neunziger Jahren berlinweit etablierte, wuchsen insbesondere in den Abendstunden die Probleme der ortsansässigen Bevölkerung bei der Parkplatzsuche. Entsprechend datieren aus jenen Jahren erste Überlegungen der Bezirkspolitik, eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen – allerdings nur punktuell an sogenannten Brennpunkten wie etwa dem Kollwitzplatz. Diverse

einen Bevölkerungszuwachs von durchschnittlich 5.000 Personen – pro Jahr! Dieser Prozeß ist noch nicht zum Abschluß gekommen: Allein im Gebiet um die Saarbrücker Straße existieren beispielsweise Neubaupläne für über 1.000 Wohneinheiten.

Mit dem Gesetz zur Errichtung der bezirklichen Ordnungsämter wurden im Jahr 2004 auch die Zuständigkeit für Ordnungswidrigkeiten im Land Berlin geändert. Fortan war nicht mehr die Polizei sondern der Außendienst der jeweiligen Ord-

Untersuchung

Aus dieser Situation heraus beschloß die BVV im Herbst 2007, eine Studie in Auftrag zu geben, die die Parksituation im gesamten südlichen Prenzlauer Berg vom S-Bahn-Ring und der Straße am Friedrichshain/Knipprodestraße bis zu den Bezirksgrenzen zu Mitte untersuchen und Vorschläge zur Abhilfe machen sollte.

Die Ergebnisse der Studie bestätigten die subjektiven Erfahrungen der Einwohnerschaft und der Bezirksverordneten eindrucksvoll: In einem Kernbereich um die Kasteniallee beziehungsweise zwischen Schönhauser und Prenzlauer Allee liegt

Die Sorge mit dem Blech

die Parkplatzauslastung im Spitzenwert bei 126 Prozent (südliches Winsviertel), im Minimum bei 76 Prozent (Grüne Stadt). (100 Prozent sind alle vorhandenen legalen Parkplätze.) In den Abendstunden ist die Auslastung höher, als tagsüber. Auch ein strukturelles Problem wurde deutlich: Zwar ist die Ausstattung der Bevölkerung im Prenzlauer Berg mit 312 Fahrzeugen/1.000 Anwohner niedriger als im Berliner Durchschnitt (370/1.000) und viel niedriger als in westdeutschen Großstädten (Stuttgart ~770/1.000), trotzdem stehen für 27.460 hier zugelassene Fahrzeuge nur 19.091 öffentliche Parkplätze zur Verfügung. Private Tiefgaragen, unter Wohnhausneubauten durchaus häufig, wurden mit der Studie nicht erfaßt, spielen aber natürlich für die Gesamtsituation eine Rolle, in dem sie dieses Verhältnis wenigstens teilweise relativieren.

Die vom Planungsbüro LK Argus angefertigte Studie untersuchte weiterhin auf den ersten Blick einfachere Methoden der Lenkung des Ruhenden Verkehrs wie Parkscheiben oder die Ausweisung einzelner Straßenzüge als sogenannte Anwohnerparkzonen. Beide Methoden wurden verworfen, weil mit der Personalausstattung des Ordnungsamtes die dafür notwendigen Kontrollen nicht zu gewährleisten wären. So engte sich die Diskussion auf die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung ein.

Voraussetzungen und Ziele

Die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung muß in strengem Sinne zunächst verkehrliche Ziele verfolgen. In diesem Fall sind dies generell drei: Der motorisierte Individualverkehr (MIV) soll insgesamt abnehmen; dafür soll der Durchsatz des MIV im Bewirtschaftungsgebiet beschleunigt und der sogenannte "Parksuchverkehr" deutlich vermindert werden. Die Entlastung der Anwohner, die für viele Betroffene eigentlich im Mittelpunkt steht, ist in dieser Systematik ein eher sekundäres Ziel.

Neben der prekären Parksituation müssen auch noch andere Voraussetzungen erfüllt sein. Eine davon

ist die Anbindung des jeweiligen Gebietes an den Öffentlichen Verkehr. Das hier untersuchte Gebiet ist von 4 S-Bahn-Linien, einer U-Bahn-Linie, 8 Straßenbahn-Linien und 3 Bus-Linien erschlossen und gehört damit zu dem vom ÖPNV am besten erschlossenen Gegenden der Stadt.

Aus diesem Bedingungsgefüge heraus entwickelte das Planungsbüro zwei Vorschläge. Der erste sah eine "kleine" Lösung vor, nämlich die Einführung eines Bewirtschaftungsgebietes zwischen S-Bahn-Ring, Schönhauser und Prenzlauer Allee unter Einbeziehung des Gebietes um die Kastanienallee herum, aber ohne das Gleimviertel. Die andere Variante schlug das gesamte Gebiet zwischen Bezirksgrenze, S-Bahn-Ring und Greifswalder Straße – ohne Thälmannpark – zur Bewirtschaftung vor. Die Bewirtschaftung sollte von 9 bis 20 Uhr erfolgen. Dazwischen war abzuwägen.

Abwägung

Wesentlich für die Überlegung der Verkehrsplaner, die kleine Lösung könnte funktionieren, war die Annahme, die Magistralen hätte eine so große Sperrfunktion, daß eine Verdrängung des Parkverkehrs über sie hinweg nicht stattfinden würde. Das entspricht nicht der Lebenswirklichkeit im Kiez. Auch mental stellen sie keine Grenze dar. Bei der Greifswalder Straße ist das anders, schon allein, weil sie nicht so viele Querungsmöglichkeiten (für Fußgänger) besitzt. Für den Teilbereich Thälmannpark hat schon LK Argus Verdrängungseffekte für wahrscheinlich gehalten. Mindestens bis zur Ella-Kay-Straße sind sie zu erwarten, zudem an der Ecke Fröbel-/E.-Kay-Str. obendrein eine Nachverdichtung des Gebietes durch Wohnbebauung angekündigt ist.

Die unmittelbar an den Bezirk angrenzenden Zonen 29 und 38 in Mitte haben Bewirtschaftungszeiten bis 22 Uhr (Zone 38) bzw. 24 Uhr (Zone 29). Die vorgeschlagenen kürzeren Bewirtschaftungszeiten (bis 20 Uhr) würden den festgestellten Verdrängungseffekten des ruhenden Verkehrs aus Mitte in den Prenzlauer Berg gerade in den Abendstunden

nichts mehr entgegensetzen. Gerade aber in den Abendstunden ist in den genannten Teilbereichen durch die vielfältigen gastronomischen und kulturellen Angebote die Parksituation besonders angespannt. Das Gebiet vergleichbarer entsprechender Infrastruktur (Scheunenviertel) liegt in der Zone 29. Kürze Bewirtschaftungszeiten gerade in solchen Gebieten würden die Einführung einer Bewirtschaftung als gänzlich unnötig erscheinen lassen, weil sie für die Situation der Anwohner folgenlos ist.

Aus diesen Überlegungen heraus hat der Verkehrsausschuß der BVV mit den Stimmen von Linken, SPD und Grünen empfohlen, eine Parkraumbewirtschaftung zwischen Bezirksgrenze, S-Bahn-Ring und Greifswalder Straße einzuführen, und dieses Gebiet generell bis 22 Uhr, in seinem Kernbereich (Helmholtz-, Kollwitz- und Teutoburger Platz) bis 24 Uhr zu bewirtschaften. Dieser Empfehlung hat sich der federführende Finanzausschuß angeschlossen.

Ausblick

Eine entsprechende Entscheidung der BVV vorausgesetzt, sind damit die politischen Weichen für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung im Prenzlauer Berg gestellt. Der Teufel liegt nun in den Details der praktischen Umsetzung. In den nächsten ein bis eineinhalb Jahren hat die Verwaltung eine Fülle von Entscheidungen für die tatsächliche Ausgestaltung zu treffen, der oberste Ziel sein muß, die Bewirtschaftung für den Bezirk kostenneutral zu gestalten. Ich gehe davon aus, daß wir vor dem 1. Januar 2011 nicht so weit sein werden, zumal die BVV darauf dringen wird, daß, wenn alle Einzelheiten bekannt sind, in den betroffenen Gebieten Bürgerversammlungen zur konkreten Information der Bevölkerung durchgeführt werden.



Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Vorgestellt

Wohnstadt „Carl Legien“



Auf Antrag Berlins wurden im letzten Sommer sechs Siedlungen der Moderne in die Liste des Weltkulturerbes der UNESCO aufgenommen. Zu ihnen zählt auch die Wohnstadt „Carl Legien“ entlang der Erich-Weinert-Straße im Ortsteil Prenzlauer Berg.

Eine solche Würdigung war in der Tat berechtigt. Denn die geistigen Inspirationen des Architekten Bruno Tauts fußten auf einer vielfältigen und tiefgründigen Wahrnehmung der Welt. Sein Ziel war es, nicht nur eine neue Architektur zu entwerfen, sondern auch mit dieser die Welt umzugestalten. Taut suchte hierbei nach „neuen Formen der menschl-

chen Beziehungen“, die in der Architektur „(dem Menschen) die Gemeinschaft... mit seiner Mitwelt und seiner Nation fühlen (ließ)“.

Bruno Tauts Vision war die einer nach „sozialen ... nach gemeinnützigen Grundsätzen“ gestalteten Stadt. Planlose Bebauung, Bodenspekulation, Mietsteigerungen standen ihr gegenüber. Auch „für minderbemittelte Familien (sollten) gesunde und zweckmäßig errichtete Wohnungen ... unter einem erschwinglichen Mietpreis“ gebaut werden. Berlin mit ihrem sozialdemokratischen Stadtbaurat Martin Wagner an der Spitze startete hierzu in den 1920er Jahren des vorigen Jahrhunderts ein breites Programm, das „gegen das eigennützige Profitinteresse der privatkapitalistischen Unternehmerbetriebe und ihrer Interessenverbände“ zielen sollte.

Die Wohnstadt „Carl Legien“ ist somit ein Zeugnis linken Denkens und Wirkens in unserer Stadt, die nicht nur aus architektonischer Hinsicht beispielhaft ist und sich in ihrem Namen und den zahlreichen Umbe-

nennungen ihrer Straßen widerspiegelt. Schon für Taut war es klar, dass „ohne staatliche Mithilfe ... auch Siedlungen nicht gebaut werden können“. Für das Erbe dieser Siedlung entstand seit den 1990er Jahren somit eine höchst widersprüchliche Situation. Entgegen der Idee ihres Erbauers wurde sie trotz wachsender Armut in der Stadt privatisiert. Mehr noch sehen sich ihre Mieter kontinuierlichen Mietsteigerungen ausgesetzt. Für Neuvermietungen liegen die Preise heute über dem ortsüblichen Mietspiegel, was weitere Erhöhungen begründen dürfte. Der Managementplan des Landes Berlin zum Antrag auf das Weltkulturerbe hatte die „Bedeutung (der Siedlung) als vorbildliche soziale Wohnorte mit hoher künstlerischer Qualität“ und ein Verhindern ihrer „Musealisierung“ hervorgehoben. Es stellt sich also die Frage, welche Instrumentarien hierzu in Zukunft entwickelt werden und wie die Linke sich in diesem Zusammenhang ihres Erbes annimmt.

Dr. Michael Schied

Max-Lingner-Stiftung

Im 50. Jahr des Todestages von Max Lingner ehrte die Max-Lingner-Stiftung gemeinsam mit dem Verein „Helle Panke“ den Maler und Grafiker mit einem gut besuchten Vortrag zu seinem Leben und Werk. Nicht nur für Kunstinteressierte verbindet sich der Name Max Lingner mit dem unter Denkmalschutz stehenden Wandbild in der Pfeilerhalle des ehemaligen Hauses der Ministerien, dem heutigen Bundesfinanzministerium in der Leipziger Straße. Doch das ist nur eine Seite im Schaffen des Künstlers.

Der Leipziger Max Lingner (1888-1959) übersiedelte 1929 nach Paris, „wo er als Zeichner der kommunistischen Presse und als Maler eine Form für revolutionären Elan und Lebenszuversicht fand, die er dann in seinem letzten Lebensjahrzehnt in Ostberlin auf Bilder zur deutschen Geschichte und Gegenwart übertrug“ (Peter H. Feist). Als Lingner 1949 nach Berlin kam, um

am Aufbau eines „neuen, besseren Deutschland“ mitzuwirken, lagen nicht nur Jahre wichtigen künstlerischen und politischen Wirkens, sondern auch Verhaftung, Internierung und Widerstand gegen die faschistische Besatzung in Frankreich hinter ihm.

Lingner war Professor an der Kunsthochschule Weißensee und leitete eine Meisterklasse an der von ihm mitbegründeten Akademie der Künste. Anfang der 50er Jahre traf ihn der Formalismus-Vorwurf, sein Wirken fand jedoch Anerkennung. Die Max-Lingner-Stiftung, die sich im ehemaligen Wohnhaus des Künstlers in der Erich-Weinert-Siedlung in Berlin-Pankow, Straße 201, Nr.2 befindet, hat sich die Aufgabe gestellt, das künstlerische Werk Max Lingners zu bewahren, aufzuarbeiten und zu verbreiten. Lingners Werke und Nachlass befinden sich in der Akademie der Künste, der Nationalgalerie und an-



deren Sammlungen. Im Archiv des Max-Lingner-Hauses werden noch über 1.000 Werke des Künstlers und eine kleine kunstwissenschaftliche Präsenzbibliothek bewahrt. Ausstellungen des Künstlers finden zur Zeit in Kornwestheim bei Stuttgart und ab 27.6. in Wietow bei Wismar statt.

Das Lingner-Haus sowie das Archiv können nach Anmeldung besucht werden.

Zum „Tag des offenen Denkmals“ am 12. und 13. 9. 2009 ist das Haus von 10.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Kontakt:

Barbara Gase, Martin Wolfram
Telefon: 030 4864702
www.max-lingner-stiftung.de

Durchgelesen

Zeiten der Sehnsucht

„Die Sehnsucht ist ein Erzeugnis mangelhafter Erkenntnis.“ Diesen Satz von Thomas Mann stellt Jutta Voigt ihrem Buch „Westbesuch - Vom Leben in den Zeiten der Sehnsucht“ voran. Ein trefflich treffender Titel und zugleich ein Spiegel. Denn Sehnsucht, die hatten wir ja alle. Mangelhafte Erkenntnis? Auf ganz unterschiedliche Weise. Die einen wollten raus, wenigstens mal schauen. Die anderen sehnten sich nach den Segnungen des Konsums, die nächsten träumten vom Abenteuer Freiheit... Jetzt haben wir sie. Die Erkenntnis. Jutta Voigt, die großartige Sammlerin von Menschengeschichten, hat 24 deutsche Erzählungen in ihrem Band vereint. Vom Westbesuch. Von dem, der zu uns kam, von dem, den einige wenige machen durften. Die Autorin lässt den Leser darin noch einmal die Gerüche riechen, die Aufregung fühlen, die Scham verdrängen, die Wut spüren, die Gier hochkochen, die Freude empfinden, die Heimlichkeit wahrneh-

men, die Absurditäten betrachten. Zwischen Verzweiflung und Rührung, Witz und Verrat, Kleinlichkeit und Wunder, großer weiter Welt und kleinkariertem Bürokratenzimmer schweben die Geschichten, die sich Jutta Voigt erzählen ließ. Zum Beispiel von Lilli, die sich und einen hochkarätigen westdeutschen Diplomaten fast um den Verstand gebracht hat, deutsch-deutsche Verwicklungen heraufbeschwor, einfach aus Liebe. Und wer nicht dabei und mittendrin in dem ganz normalen Wahnsinn gelebt hat, mag sich fragen: Und das hat sich alles so zugetragen? Das habt ihr gemacht und mit euch machen lassen? Ja. Das hat sich alles so zugetragen und auch noch ganz anders. Und darum muss Jutta Voigt unbedingt noch ganz andere Geschichten erzählen. Sie kann es, wie es keine andere kann. Weil sie die Geschichten hinter den Geschichten versteht. Das unterhaltsamste und geistvollste Buch, das im zwanzigsten Nach-Wende-Jahr



über deutsch-deutsche Geschichte geschrieben wurde. (Aufbau Verlag Berlin, 2009, 228 S., 16,95 Euro) *Gisela Blank*

Rudern gegen den Strom

Ausgestellt am 7.11. 1989 steht in seinem blauen „Personalausweis für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik“. Neunundzwanzig ist Ronald Schernikau, als er in seinem Sehnsuchtsland landet, in eine Zweiraumwohnung nach Hellersdorf zieht. Der letzte, der im Strudel dieser Tage von Deutschland nach Deutschland geht. Nur eben im Gegenverkehr. Matthias Frings hat diesem heimatlosen frühvollendeten Träumer, dessen Mutter - da war er ein Kind - mit ihm die DDR im Kofferraum eines Autos verließ, ein anrührend-aufregendes Denkmal gesetzt: „Der letzte Kommunist - Das traumhafte Leben des Ronald M. Schernikau“. Als doppelter Außenseiter - schwul, SEW-Mitglied - findet Schernikau im Westberlin der 80er Jahre wenigsten Freunde und Nischen, die ihn auffangen. Sein erstes Buch veröffentlicht er kurz nach dem Abi.

Und für ihn gibt es nur schreiben, schreiben, schreiben. Dafür haust er in den allerletzten Löchern, babysittet, liebt exzessiv, zweifelt ebenso wie er verzweifelt. Doch immer wieder gelingt ihm das Fliegen. Als erster und einziger Westler darf er in Leipzig am Literaturinstitut studieren. Auch danach will er immer noch rüber. Peter Hacks (er nennt Schernikau den „letzten normalen Menschen in diesem Jahrtausend“) ermutigt ihn. Als Schernikau, schließlich seine IKEA-Regale in der Albert-Nordenstraße zusammenbosselt, hebt sich die Welt aus den Angeln. Schernikau leidet: „Am 9. November 1989 hat in Deutschland die Konterrevolution gesiegt“, wird er auf dem letzten DDR-Schriftstellerkongress sagen. Und: „Wer die Buntheit des Westens will, wird die Verzweiflung des Westens kriegen.“ Nur zwei Jahre hat er noch zu leben.



Schernikau stirbt am 20. Oktober 1991. An Aids. (Aufbau Verlag, Berlin 2009, 488 S., 19,90 Euro)

Gisela Blank

Kultur

Die Chance der Krise

„Ort im Land der Ideen“ steht auf dem Schild am Eingang zu Rohnstock Biografien an der Schönhauser Allee. 2006 „adelte“ Bundespräsident Horst Köhler dieses einmalige Unternehmen mit dem Titel. Die Berlinerin Katrin Rohnstock, Literatur- und Sprachwissenschaftlerin, gründete ihre Firma, in der gewissermaßen Alltagsgeschichte aufgehoben wird, im Jahr 1998. Autobiografien, Familien- und Firmengeschichten werden von ihr und ihren zehn Mitarbeitern aufgeschrieben. Lebensgeschichten zumeist von älteren Menschen, die ihre Erinnerungen aufbewahren und weitergeben möchten. Nach Gesprächen, Interviews, Studien in Archiven oder Familienchroniken werden die Biografien erarbeitet. Und manche fanden dann direkt den Weg in große Verlage wie dtv, Schwarzkopf & Schwarzkopf oder Bertelsmann. So offen und den Menschen zugewandt wie dieses ganze Unternehmen ist auch Katrin Rohnstock selbst. Zu regelmäßigen Ost-West-

Salons lädt sie Künstler, Schriftsteller, Wissenschaftler, Politiker ein, die über persönliche Geschichten Geschichte besser verstehen lassen. Zu ihrem speziellen Prenzlauer-Berg-Salon trafen sich beispielsweise am 4. Juni um 20 Uhr vier Pfarrer, die hier gewirkt haben und so Stadtbezirks-Geschichte mitgeschrieben. Zuvor versammelten sich in einer solchen Runde auch schon Kneiper mit Gästen des Salons, demächst haben sich die Schauspielerinnen Ursula Karusseit und Alexa-Maria Surholt angekündigt, der Maler Ronald Paris tauschte Lebensansichten mit seiner Kollegin Monika Sieveking aus...

Ebenfalls mit der Marke „Rohnstock Biografien“ versehen brachte der Verlag Das Neue Berlin die Lebenserinnerungen von Edgar Most unter dem Titel „Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals - Gibt es einen Dritten Weg?“ heraus. Er ist der Mann, der das Unglaubliche schaffte, vom Vizepräsident der Staatsbank der DDR bis in die Chefetage

der Deutschen Bank aufzusteigen. Über ein Jahr hat das Unternehmen Rohnstock an dieser Veröffentlichung gearbeitet. Und die Chefin ist sich sicher: „Dieses Buch wird in die gegenwärtige Krise direkt hineinwirken. Denn Edgar Most ist nicht nur ein brillanter Stratege, er denkt philosophisch und volkswirtschaftlich zugleich. Und solches Denken wird sich durchsetzen, weil es vernünftig ist.“

Edgar Most, der einstige Dorfbrunne aus dem kleinen Tiefenort in der Rhön, schaut auf sein Leben und auf diese krisengeschüttelte Welt. Klug, kompetent, couragiert. Sein Buch endet mit den Sätzen: „Die Finanz- und Systemkrise wird keine Gewinner hervorbringen. Aber viele wachrütteln. Darin besteht vielleicht ihre eigentliche Chance. Wir müssen den Willen aufbringen, etwas zu verändern.“

(Schönhauser Allee 12/ Eingang Saarbrücker Straße, 10119 Berlin, www.rohnstock-biografien.de)

Gisela Blank

Kunst ist Lebensmittel

Die Redaktion extraDrei gratuliert zu 19 Jahren Brotfabrik – Kultur an der Spitze und wünscht weiterhin erfolgreiche Arbeit!

Um es eingangs gleich zu klären: Kunst ist Lebensmittel ist kein Bezug auf den Namen Brotfabrik, sondern Konzept. Es geht davon aus, dass der Mensch als hoch entwickeltes Wesen ohne Kultur und Kunst zwar existieren aber nicht leben kann. Diesem Leitbild fühlt sich die Brotfabrik, das Kulturzentrum in Pankow am Caligariplatz, verpflichtet und konzentriert sich somit auf das alltägliche und verlässliche Angebot in den Bereichen Theater, Kino und Galerie, anstatt auf einzelne Highlights zu setzen. Zum Leben gehören, so selbstverständlich wie ein Nahrungsmittel zu sein, das bedeutet in erster Linie Arbeit. Rund 1.200 Veranstaltungen im Jahr wollen realisiert sein, ergänzt von verschiedenen Kultur- und Jugendkulturprojekten im Kiez, dem Kino in Karow, der Brotfabrik-

Kneipe, der GasometerBar in der Wabe und vieles andere mehr. Da ist es kein Wunder, dass die Arbeit für ein solches Zentrum fast schon wieder ein eigenes kleines Universum ist, dem im weitesten Sinne fast 50 Menschen angehören.

Es sind Festangestellte, Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen, Honorarkräfte, studentische MitarbeiterInnen, KollegInnen vom 2. Arbeitsmarkt mit den wunderbaren Bezeichnungen Kulturkombi, ÖBS, BEZ, MAE, PraktikantInnen oder Helfer in freier Arbeit (gerichtliche Auflagen), die in dieses Haus die nötige ‚Manpower‘ einbringen und dafür sorgen, dass es in ihm eigentlich niemals ruhig wird.

Die meisten MitstreiterInnen entwickeln mit der Zeit eine sehr hohe Bindung zu diesem faszinierenden Ort, der viel gibt und nimmt. Dennoch findet man fast kein Ehrenamt: das muss man sich leisten können. Menschen, die nicht vermögend sind, ob nun freischaffend oder



Hartz-IV-Empfänger, ob Student oder armer Künstler, können das nicht.

Dies wird in der Diskussion um das Ehrenamt leider viel zu oft übersehen. Selbst das Maskottchen der Brotfabrik, Hauskatze Ronja, ist wegen Kost und Logie da. Daran wird sich auch im 20. Jahr nichts ändern und auch daran nicht, dass das Team des Zentrum sich bemühen wird, davon den Gast nichts merken zu lassen, wenn er sich abends auf interessantes oder unterhaltendes Programm einlässt.

Jörg Fügmann

Mehr Informationen unter:
www.brotfabrik-berlin.de

Das Jahr 1989 und die LINKE

1989 ist heute 20 Jahre nach dem Fall der Mauer so präsent, wie man es in einem runden Jubiläumsjahr erwarten konnte. Gerade ist der 7. Mai gewürdigt worden, an dem bei der DDR-Kommunalwahl durch die Opposition Wahlfälschung zum Beispiel im übersichtlichen Bezirk Weißensee flächendeckend nachgewiesen wurde. Dieses Ereignis war ein Meilenstein auf dem Weg zur friedlichen Revolution, denn die Bürgerinnen und Bürger waren nicht mehr mundtot zu machen, nicht durch Verhaftungen, nicht durch das Einschlagen auf Demonstrierende.

Gegen die Wahlfälschung wurden Eingaben und Strafanzeigen eingereicht, denn immerhin war Wahlfälschung auch nach DDR-Gesetzen strafbar. An jedem 7. der folgenden Monate gingen Bürgerinnen und Bürger auf die Straße. Und es wurden mehr. Auch Mitglieder der SED waren nachdenklich geworden. Der Oppositionsbewegung war es gelungen aus ihrer Isolation heraus ein Thema zu besetzen, das schließlich Massen bewegte.

Die neuen Bürgerbewegungen, die den Dialog mit dem Staat einfor-

derten wie das „Neue Forum“ oder die eine wirkliche Verfügungsgewalt durch die Arbeiterinnen und Arbeiter über ihre Produktionsmittel verlangten, wie die Initiative Vereinigte Linke oder „Demokratie Jetzt“, die Forderungen nach bürgerlichen Freiheitsrechten in den Mittelpunkt stellten, wollten die DDR reformieren.

Erinnert sich noch jemand an den Aufruf „Für unser Land“, den Künstler und Künstlerinnen, Bürgerrechtler und damals so genannte SED-Erneuerer gemeinsam unterschrieben?

Zu keinem Zeitpunkt war die SED-Führung in der Lage oder bereit, sich der Herausforderung zu stellen. Stattdessen wertete Egon Krenz am Tag nach der blutigen Niederschlagung der friedlichen Studentenproteste in Peking am 4. Juni, dies als angemessene Antwort auf einen „konterrevolutionären Aufruhr“. Das war keine Bereitschaft zum Dialog, sondern eine Kampfansage und ist so verstanden worden.

Während die politischen Auseinandersetzungen bis zum Fall der Mauer am 9. November weiter gingen, die Montagsdemonstrationen in

Leipzig zu nie geahnten Ausmaßen anwuchsen, verließen Tausende von Menschen über Prag und Budapest das Land.

Als am 4. 11. auf der größten Massendemonstration in der Geschichte der DDR Hunderttausende Reformen, freie Wahlen und Meinungsfreiheit forderten, waren nicht wenige SED-Mitglieder dabei.

Für einen Wimpernschlag in der Geschichte schien alles möglich zu sein. Stell Dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg, nannte es Christa Wolf.

Die heutige LINKE, die sich damals in SED-PDS umbenannte und unter Gregor Gysi die ersten Versuche unternahm, sich mit der SED-Verantwortung auseinander zu setzen, muss sich ob Ost- oder Westsozialisation ihrer Mitglieder weiter der Verantwortung stellen, weil es ohne die Lehren aus dem Jahr 1989 keine Perspektive für einen Demokratischen Sozialismus gibt.

Marion Seelig

Mitglied des Abgeordnetenhauses
und
1989 Sprecherin der Vereinigten
Linken



60 Jahre Grundgesetz

Das Grundgesetz ist eine Erfolgsgeschichte. (Werner-Muggendorfer, SPD)

Es bestimmt seit Mai 1949 das parlamentarische System der Bundesrepublik. Nach achtmonatigen Beratungen wurde es im Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949 angenommen. Genau vier Jahre nach der Kapitulation Deutschlands waren damit die rechtlichen Grundlagen für einen liberalen Staat westlicher Prägung gelegt, der seine Funktionsfähigkeit bis heute unter Beweis stellte. Die Länderparlamente von elf Bundesstaaten stimmten dem Grundgesetz zu. Nur Bayern hat eine Zustimmung verweigert. Das Grundgesetz wird als Gründungsdokument der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet. Daran gibt es allerdings Zweifel. Das Datum

der Einleitung einer Währungsreform wird von vielen Historikern jedoch dem Datum der Inkraftsetzung des Grundgesetzes (23. Mai 1949) vorgezogen.

Im Denken und Handeln vieler Bundesbürger sind es besonders zwei Sätze aus dem Grundrechtekatalog, die tief verwurzelt sind.

Aus dem Art. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Genau dieser Satz ist nach Wolfgang Neskovic (DIE LINKE, Mitglied des Bundestages und Richter am Bundesgerichtshof) eine denkbare Grundlage für einen demokratischen Sozialismus.

Nun, es ist vielen bekannt, dass eine Verfassung ein Programm ist, das in einem langen Zeitraum seine Gültigkeit haben muss. Die steigende Arbeitslosigkeit ist mit Sicherheit

mit diesem Satz nicht vereinbar. Da sie zutiefst die Würde des Menschen verletzt.

Aus dem Art. 14, Abs. 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Die gegenwärtige Krise, die nicht nur eine Wirtschaftskrise ist, verdeutlicht das Nichtwollen und Nichtkönnen des Staates das Grundgesetz zu verwirklichen und die Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Ergebnisse der Arbeit zumindest einzuschränken.

Der Schwachpunkt des Grundgesetzes ist die Vernachlässigung sozialer Rechte. Ein Recht auf Arbeit sucht man im Grundrechtekatalog vergebens. Insofern ist die Erfolgsgeschichte des Grundgesetzes keineswegs beendet.

K.F.

Das Letzte

Marktwirtschaft



Ich traute meinen Augen nicht. Im Fernsehen eine Herde Schweine, offensichtlich satt und wohlgenährt, auf dem Rasen vor dem Europäischen Patentamt in München. Ihre Besitzer melden Widerspruch an, gegen ein von Monsanto (inzwischen vertritt das US-Unternehmen Newsham Choice Genetics dieses Patent) im Jahre 2005 eingereichtes Patent, EP 1651777. Damit soll, mittels Genanalyse und Genveränderungen, die Zucht von hochwertigen Schweinen ermöglicht werden, natürlich rein fleischlich gesehen.

Denken wir das mal zu Ende. Das betreffende Gen ist in sehr vielen Schweinerassen vorhanden. Mit diesem Patent bekommt die Firma das Recht, von allen Bauern, deren Schweine dieses Gen enthalten, eine Lizenzgebühr einzutreiben. Bei den vielen Schweinen auf der Welt, kann da ganz schön was zusammenkommen.

Nun muss man ja nicht gleich diese

Konsequenz erwarten. Doch, muss man. Ähnliches hat dieses Unternehmen bereits praktiziert. Das von ihm entwickelte, genveränderte Saatgut z. B. für Mais-, Sojabohnen- und Baumwolle, ist nicht keimfähig. Den Bauern bleibt also nichts anderes übrig, als jedes Jahr das Saatgut wieder neu bei Monsanto zu bezahlen.

Aber denken wir mal noch weiter. Es ist bekannt, dass bei Schweinen und Menschen mehr als 90% der Gene gleicher Art sind. Wir müssen nun also fragen, ob das betreffende Gen von Schweinen auch bei uns vorhanden ist. Wenn ja, müssen wir dann alle Lizenzgebühren bezahlen und uns als Schweine bezeichnen lassen? Umgangssprachlich werden einige von uns zwar schon so genannt, aber das hat eher weniger gentechnische Ursachen. Eine Lizenzgebühr zu zahlen sind sicher viele Bürger bereit, schon aus Verbundenheit zum Heimatland des genannten Konzerns, das seit Jahr-

zehnten seine schützenden Hände über ihn hält. Monsanto war Produzent des Entlaubungsmittels, das im Vietnamkrieg eingesetzt wurde. Interessant ist sicher auch, ob auf der Basis des Gens eine intellektuelle Weiterentwicklung der Schweine möglich sind. Kann bei den Schweinen Intelligenz und der aufrechte Gang entwickelt werden? Dann könnten sie alleine vor dem Patentamt protestieren, während ihre Bauern sich um den Kauf des neuen Saatgutes kümmern. Aber wäre es angemessen, sich die Schweine nackt auf dem Rasen suhlen zu lassen? Welchem Weltkonzern wird dann der Zuschlag für die Anfertigung und den Verkauf der Schweinekleidung erteilt? Ist das alles menschlich gedacht oder doch einfach nur schweinish? Eine Schweinerei ist dieses Patent auf jeden Fall. Aber die Marktwirtschaft macht's möglich?

Klaus

WANNWOWASWANNWOWASWANN

- | | | |
|---|--|--|
| 12. - 14 Juni
Fest der LINKEN in der Kulturbrauerei, U Eberswalder Straße | 22. Juni 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76 | 07. Juli 18 Uhr
Vernissage: Karikaturen Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76 |
| 15. Juni 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Bezirksamt Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109 | 27. Juni 10 Uhr
Hauptversammlung DIE LINKE Pankow, KuBiZ, Bernkasteller Str. 78 (Weißensee) | 08. Juli 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76 |
| 17. Juni 17:30 Uhr
25. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, BVV-Saal, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7 | 29. Juni 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 13. Juli 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Bezirksamt Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109 |
| 17 Uhr
Sprechstunde Stefan Liebich, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76 | 30. Juni 17:30 Uhr
AG Verkehr und Umwelt im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 20. Juli 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76 |
| 19 Uhr
Stefan Liebich bei der BO Niederschönhausen Restaurant „Bismarck“, Herrmann-Hesse-Str. 20 | 02. Juli 18 Uhr
AG Gesundheit, Arbeit und Soziales im Fraktionszimmer, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109 | 12. August 19:30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76 |
| 20. - 21. Juni 10 Uhr
Bundesparteitag der LINKEN in der Max-Schmeling-Halle am Falkplatz 1 (Prenzlauer Berg) Beginn 20. Juni 13.00 Uhr | 06. Juli 20 Uhr
Brot, Politik & Pop
Zu Gast bei Stefan Liebich ist Gregor Gysi Kulturbrauerei (Prenzlauer Berg) | 24. August 18 Uhr
Basistag Thema: Bundestagswahlen Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76 |
| 22. Juni 18 Uhr
Basistag Thema: Kommunalpolitik mit Vertretern der Linksfraktion der BVV Pankow, Geschäftsstelle DIE LINKE Pankow, Kopenhagener Str. 76 | 07. Juli 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV Bezirksamt Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109 | 31. August 17:30 Uhr
26. Tagung der BVV Bezirksamt Fröbelstr. 17, Haus 7, BVV-Saal |

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81
www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de
V.i.S.d.P.: Carsten Schatz
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 28. Mai 2009
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint im **September 2009**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Kreuzung Wisbyer Str./Schönhauser Allee (ohne U-Bahnviadukt)“, Andreas Bossmann